

Warum Politikern in Deutschland keine Strafverfolgung droht

Immer wieder werden Strafanzeigen gegen führende deutsche Politiker eingereicht, aber die haben fast nie irgendwelche Folgen. Warum ist das so?

von Anti-Spiegel

3. Juni 2021 17:00 Uhr

Dieses Thema habe ich schon oft behandelt, aber leider wissen immer noch viel zu wenig Menschen davon. Es ist auch ein wichtiges Thema in meinem neuen Buch „Abhängig beschäftigt – Wie Deutschlands führende Politiker im Interesse der wirklich Mächtigen handeln“, in dem ich die Macht aufzeige, die NGOs, Think Tanks und Lobbyisten im Westen tatsächlich haben. Bei den „Liebesdiensten“ der Politiker für diese mächtigen Organisationen werden auch schon mal Gesetze gebrochen und in dem Buch führe ich viele Beispiele auf. Aber nie wurde dafür jemand juristisch zur Rechenschaft gezogen. Warum das so ist, ist ein wichtiger Bestandteil zum Verständnis des Buches.

Die Antwort auf die Frage, warum Staatsanwaltschaften praktisch nie gegen deutsche Politiker ermitteln klingt nach Verschwörungstheorie: Es geschieht nicht, weil die Justiz in Deutschland nicht unabhängig ist. Da werden Sie sofort sagen, dass das nicht sein kann! Die Richter sind doch unabhängig, denen darf niemand Anweisungen geben!

Das stimmt: Wenn eine Anklage vor Gericht kommt, dann ist der Richter nach dem Gesetz unabhängig und der Angeklagte muss sich vor dem Gesetz verantworten wie jeder andere auch. So steht es zumindest im Grundgesetz. Der Trick ist daher, dass man verhindern muss, dass es zu einer Gerichtsverhandlung kommt. Und das wurde in Deutschland getan.

Im Gerichtsverfassungsgesetz steht nämlich, dass die Staatsanwälte weisungsgebunden sind. Das bedeutet, dass ihr Vorgesetzter ihnen ganz legal Anweisungen geben darf. Der Vorgesetzte des Staatsanwaltes kann entscheiden, welcher Anzeige der Staatsanwalt nachgeht und in welchen Fällen er nicht ermitteln darf. So steht es im Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) § 146:

„Die Beamten der Staatsanwaltschaft haben den dienstlichen Anweisungen ihres Vorgesetzten nachzukommen.“

Und der Vorgesetzte des Staatsanwaltes ist laut §147 GVG der Justizminister.

Erinnern Sie sich noch an den Skandal „Rent a Minister“, bei dem die SPD Preislisten für Lobbyisten hatte? Die mussten der SPD nur den genannten Betrag überweisen und schon hatten sie Zugang zum SPD-Minister ihrer Wahl.

Das riecht nach Korruption und es dürfte auch mit den Gesetzen zur Parteienfinanzierung nicht in Konflikt geraten. In einem Rechtsstaat müsste ein Staatsanwalt diesem Anfangsverdacht nachgehen, das ist aber nicht passiert, weil der Justizminister, der damals Heiko Maas hieß und von SPD war, das untersagt hat.

Es kommt noch besser: Heiko Maas war selbst einer von denen, die sich für Geld mit den Lobbyisten getroffen haben. Bundesjustizminister Heiko Maas konnte also Kraft seines Amtes den Staatsanwalt anweisen, nicht gegen Heiko Maas zu ermitteln. Was nach Bananenrepublik klingt, ist in Deutschland geltendes Recht, wie auch der Europäische Gerichtshof bereits festgestellt hat, wie Sie hier mit [Link zum Urteil](#) nachlesen können.

<https://www.anti-spiegel.ru/2019/urteil-des-europaeischen-gerichtshofes-justiz-in-deutschland-ist-nicht-unabhaengig/>

Auch Strafanzeigen gegen Merkel (zum Beispiel während der Flüchtlingskrise) und Schröder (wegen des illegalen Angriffskrieges gegen Jugoslawien) wurden reichlich gestellt, die Staatsanwaltschaften sind diesen Anzeigen jedoch nicht nachgegangen.

Oder nehmen wir den Fall Barschel. Es ist kein Geheimnis, dass die ermittelnden Staatsanwälte immer wieder von ihren Vorgesetzten gestoppt wurden, wenn sie in diesem Fall zu intensiv ermitteln wollten. Immerhin ging es hier nicht „nur“ um einen Mordverdacht, sondern auch um einen der größten Skandale in der Geschichte der Bundesrepublik, aber den Staatsanwälten wurde untersagt, zu ermitteln. Stattdessen durfte es parlamentarische Untersuchungsausschüsse geben, in denen die Leute saßen, gegen die ein Staatsanwalt eventuell ermittelt hätte. Und daher war auch nicht zu erwarten, dass dabei viel herauskommen würde. Es kam ja auch nichts dabei raus, bis heute ist der Fall nicht aufgeklärt.

Dazu und über weitere Hintergründe, habe ich schon viel recherchiert und hier auf dem Anti-Spiegel auch berichtet. In meinem neuen Buch „Abhängig beschäftigt – Wie Deutschlands führende Politiker im Interesse wirklich Mächtigen handeln“ habe ich all die Erkenntnisse, die hier auf viele Artikel verteilt sind, in einem Kapitel zusammengefasst. Es war sogar für mich, dem das alles längst bekannt ist, schockierend, das in so komprimierter Form zu lesen. Und es ist wichtig, wenn man verstehen möchte, wie das politische System in Deutschland tatsächlich funktioniert.

In meinem neuen Buch „Abhängig beschäftigt – Wie Deutschlands führende Politiker im Interesse der wirklich Mächtigen handeln“ habe ich mich sehr intensiv mit der Arbeit von NGOs und mit der Frage beschäftigt, wie westliche Politiker von den NGOs „gelenkt“ werden und wie sehr sie von diesen NGOs abhängig sind. **Und dank §146 GVG können dabei auch schon mal Gesetze gebrochen werden, ohne dass das Folgen hätte. Dafür werden Sie in dem Buch viele**

Beispiele finden, hier konnte ich nur einen kleinen Überblick zeigen.

Aladin mit der Lampe sagt:

3. Juni 2021 um 18:35 Uhr

Das was Thomas schreibt ist richtig und falsch zugleich. Den Politikern in der BRD droht nach BRD Recht keine Strafe, nach Deutschem Recht aber schon. Was viele vergessen ist das die BRD nur eine Firma zur Verwaltung des Handlungsunfähigen Deutschen Reiches ist. Wenn die Bürger begreifen, das sie keinerlei Schulden zurückzahlen müssen, weil die ja Schulden der BRD sind, dann werden sie ganz schnell in das Schuldenfreie Deutsche Reich zurückkehren und es damit Handlungsfähig machen. Genau da liegt der Haken. Die Eliten fürchten nichts mehr als genau das. Ihr Spiel wäre mit einem Schlag aus. Verwechselt bitte das Deutsche Reich nicht mit dem Dritten Reich. Das Dritte Reich war genau wie die Weimarer Republik nur eine Verwaltung.

Zum Antworten anmelden

1.  **Hansi** sagt:

3. Juni 2021 um 19:39 Uhr

Und genau da liegt der Hase im Pfeffer und wird wohl noch lange da liegen bleiben. Der GmbH Vorstand könnte nur von den USA in die Wüste respektive Knast geschickt werden. Aber auch das hat einen großen Haken. Offiziell haben die USA mit den Alliierten den Krieg durch bedingungslose Kapitulation gewonnen, später aber alle Rechte daran an sich gerissen. Der völkerrechtliche Kriegsgegner Deutschlands war aber nicht die USA, sondern Washington D.C. (Distrikt of Columbia) und somit koloniales Eigentum der britischen Krone. Letztendes wird nur Russland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion rechtlich in der Lage sein mit einem noch zu benennenden Bevollmächtigten des Deutschen Reiches am

Verhandlungstisch zu sitzen und über einen Friedensvertrag zu sprechen. Leider sind die Vorzeichen dazu mehr als ungünstig, das wird vom Westen schlichtweg abgelehnt. Der geheime Zusatzvertrag zum 2+4 Vertrag, der bis knapp an das Jahr 2100 Gültigkeit hat, macht das mehr als deutlich. Selbst die viel diskutierten SHAEF Gesetze wurden in aller Stille außer Kraft gesetzt. Sie, die Staatslenker Marionetten haben zur Zeit nichts zu befürchten.

[Zum Antworten anmelden](#)

1.  **Grete** sagt:

[6. Juni 2021 um 08:19 Uhr](#)

Danke, das weiß von den Bunzeln aber kaum jemand. Carlo Schmid hat den BRD Status vor dem Parlamentarischen Rat vorgetragen. Der Parlamentarische Rat war das von den Alliierten nach dem Krieg eingesetzte deutsche Gremium, welches das Grundgesetz unter Einwirkung der Besatzungsmächte und im Rahmen der Besetzung aufsetzen sollte. Der Staatsrechtler Carlo Schmid war einer der Väter des Grundgesetzes und der BRD.

In dieser Rede erläutert Schmid die Umstände und den Rahmen, in dem das Grundgesetz verfasst wurde und wirkt, sowie dessen Funktion als Mittel der Besetzung nach Haager Landkriegsordnung (Völkerrecht) Art. 42 und 43.

Ich wollte gerade den Link heriansetzen, aber wie erwartet „Video nicht verfügbar“. Obama hat es doch auch gesagt, daß wie bis 2100 besetzt bleiben.

"Deutschland ist ein besetztes Land und wird es auch bleiben", diesen Satz sagte der US amerikanische Präsident Barack Obama am 5. Juni 2009 während eines Besuchs auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein. Eine Bestätigung für diese Aussage kam unter anderem von Wolfgang Schäuble, der 2011 sagte: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen".

<http://www.extremnews.com/berichte/politik/309147dfc5c6d9>